Das Jüdische Echo

Erscheinungszeit: Jeden Freitag. Bezug: Durch die Postanstalten oder den Verlag. — Bezugspreis: Jährlich: RM. 8.—, halbjährlich: RM. 4.—, vierteljährlich: RM. 2.—. Einzelnummer 20 Rpf. / Verlag, Auslieferung des „Jüdischen Echos“: München, Plinganserstraße Nr. 64.

INHALT:

Anzeigen: Die viergespaltene Millimeter-Zeile 30 Rpf. / Familien-Anzeigen Ermäßigung / Anzeigen-Annahme: Verlag des Jüdischen Echos, München, Plinganserstraße 64 / Telephon 73664/65 Postscheck-Konto: München 3987

Nr. 36 | München, 5. September 1930 | 17. Jahrgang

1930 Wochenkalender 5690

	Sept.	Elul	Bemerkungen
Sonntag	7	14	
Montag	8	15	
Dienstag	9	16	
Mittwoch	10	17	
Donnerst.	11	18	
Freitag	12	19	
Samstag	13	20	כי תבוא הפטרה קומי אורי (Jes. 60, 1—22) (P. R. פרק ג׳ ד׳)

Das Jüdische Echo

Nummer 36 **5. September** **17. Jahrgang**

Waffenstillstand

Während der Sitzung des Zionistischen Aktionskomitees in Berlin hat die Welt Kenntnis von dem Berichte der Mandatskommission und der Antwort der englischen Regierung auf den Genfer Bericht bekommen. Für das Zionistische Aktionskomitee bedeuteten diese Dokumente eine Grundlage für seine politischen Verhandlungen. Wir haben bei der Ankündigung der Berliner Tagungen darauf hingewiesen, daß diese Tagungen sich in starkem Maße mit den Notwendigkeiten des praktischen Palästinawerkes beschäftigen werden, da in jedem politischen Rahmen, mag er zeitweilig weiter gespannt oder verengt sein, eine Fülle von Aufgaben vorhanden sind, die für den Palästinaaufbau als lebenswichtig betrachtet werden müssen und deren Durchführung die Schaffung der besten Grundlage für weitere erwünschte politische Erfolge bedeutet. Tatsächlich haben sich die Tagungen in Berlin ernst und gründlich mit den Fragen der Palästinawirtschaft beschäftigt. Im Mittelpunkt stand jedoch auch diesmal die Politik, und die Diskussion über die künftige Politik der Jewish Agency hatte zum Ausgangspunkt die Situation, welche sich aus dem Bericht der Mandatskommission und der englischen Antwort ergab. Das Aktionskomitee hütete sich davor, den Bericht der Mandatskommission, der in scharfer Weise die Politik der Mandatarmacht in Palästina verurteilte, als einen ausgesprochenen Erfolg der jüdischen Sache in Palästina zu betrachten. Man charakterisiert das Wesen dieses Berichtes wohl am allerbesten mit den Worten, die ein englischer Staatsmann ausgesprochen hat: „Die Mandatskommission in Genf ist weder proarabisch noch projüdisch, sie ist in diesem Falle antibritisch gewesen.“ Und antibritisch bedeutet noch lange nicht eine Stellungnahme für die jüdische Sache, wiewohl nicht verkannt werden darf, daß der Bericht aus Genf auf die britische Regierung trotz deren scharfer Ablehnung ernüchternd gewirkt hat und sie veranlassen dürfte, in Zukunft in ihren Äußerungen und Maßnahmen gegenüber den Juden vorsichtiger zu sein als im abgelaufenen Jahre. Andererseits aber darf man sich nicht täuschen, daß in den fortgesetzten Erklärungen und Maßnahmen der britischen Regierung die Grundlinien eines Systems zu erblikken sind, mit denen die Zionisten und Palästinafreunde zu rechnen haben. In einer außenpolitischen Umschau der Vossischen Zeitung vom 29. August heißt es in bezug auf die Verhandlungen betreffend die Schaffung von Paneuropa entsprechend den Anregungen Briands, folgendermaßen: „Hält man alle Dokumente in dieser Sache zusammen und liest man sie unbefangen durch, so wird man skeptisch. Schließlich läßt sich das, was in Noten und Memoranden schwarz auf weiß festgelegt ist, nicht in mündlichen Verhandlungen aufheben und in das Gegenteil verkehren. Diese Noten bilden nun einmal die Verhandlungsbasis und diese Basis sieht kompliziert genug aus.“ Diese Worte passen wie angegossen auf die politischen Verhandlungen, die die Jewish Agency im Augenblick mit der britischen Regierung führt. Sicher kann man in zäher Verhandlung manches mildern, manches ereichen — aber die bisher im vergangenen Jahre veröffentlichten britischen Dokumente (das neue Weißbuch im Monat Mai, die Antwort auf den Bericht der Mandatskommission) sind schwarz auf weiß gedruckt und lassen sich nicht aus der Welt schaffen.

Die jüdische Situation in diesem Kampf mit der britischen Regierung ist nur insofern günstig, als sich die britische Regierung besonders durch die Maßnahme der Suspendierung der Arbeiter-Zertifikate aus politischen Gründen ins Unrecht gesetzt hat, und wir auf Grund der Mandatsbestimmungen als Anklagende und Fordernde und nicht als Angeklagte und uns Verteidigende auftreten. Die Tatsache, daß sich England durch die Maßnahme gegen die jüdische Arbeitereinwanderung ins Unrecht gesetzt hat, ermöglicht der jüdischen Welt die Durchführung einer Protestbewegung, welche von der ganzen Welt verstanden wurde. Diese Protestbewegung hatte zweifellos für die jüdische Stellung im Streit mit der Mandatarmacht gute Ergebnisse. Man geht nicht fehl in der Annahme, daß die von der Mandatarmacht geplante Verordnung betreffend Erschwerung vielleicht auch Verbietung des Bodenkaufes durch Juden in Palästina nur darum nicht erlassen wurde, weil die grandiose jüdische Protestbewegung der Mandatsregierung klargemacht hat, daß sie den Bogen gegenüber den Juden nicht überspannen dürfe.

Die britische Regierung kündigt in ihrer Antwort an die Mandatskommission die Vorlage eines Programmes ihrer künftigen Palästina-Politik an, welches einerseits die Bestimmungen des Mandates betreffend das jüdische Nationalheim, andererseits der Verpflichtung, Palästina einer Selbstverwaltung entgegenzuführen und die Rechte der Nichtjuden im Lande zu schützen, entsprechen soll. Voraussetzung für die Aufstellung dieses Programmes ist das Eintreffen und das Studium des von Sir Hope Simpson über seine Untersuchungen in Palästina abgefaßten Berichtes. Wie dieser Bericht aussehen wird, kann man natürlich nicht voraussagen. Man hat jedoch guten Grund anzunehmen, daß er keine dezidierten Vorschläge enthalten, sondern sich hauptsächlich auf eine Darstellung der landwirtschaftlichen Voraussetzungen für eine Kolonisationstätigkeit in Palästina beschränken wird. Es heißt, daß Simpson die von der Jewish Agency zur Verfügung gestellten Daten in ernsthafte Würdigung gezogen hat. Sein Bericht dürfte also für das Colonial Office in London keine Basis abgeben, um im Wege von Bestimmungen die praktische Arbeit der Juden in besonderem Maße zu erschweren. Es werden also für die britische Regierung allgemeine englisch-politische Interessen und das von ihr in der Palästinafrage angenommene System bei der Aufstellung des zukünftigen Programmes maßgebend sein. Das Zionistische Aktionskomitee hat nun einstimmig der Ansicht Ausdruck gegeben, daß man dieses Programm der Regierung abwarten und es in all seinen Einzelheiten im Verhandlungswege mit der Regierung durchberaten

soll. Hierbei billigte das Zionistische Aktionskomitee die Ansicht, daß sich die zionistische Politik der nächsten Monate besonders bei der Behandlung des kommenden Programmes der britischen Regierung, von Extremen fernzuhalten habe. Weder Ablehnung von vornherein, noch Nachgiebigkeit von vornherein! Vorläufig keine Unterbrechung der Protestbewegung gegenüber den Maßnahmen der Mandatarmacht! Aber dieser Protest soll aus Massenversammlungen herausgezogen und in ernste Konferenzen verlegt werden, in denen zum Ausdruck gebracht wird, was die Grundprinzipien sind, die wir für die Fort- und Durchführung unserer Arbeit in Palästina betrachten. Verhandlungen im Zeichen des Protestes! Dieser Zustand kann als nichts anderes als ein Waffenstillstand zwischen Jewish Agency und Mandatarmacht betrachtet werden. Man erwartet die Vorschläge der Regierung, ist sich aber dessen bewußt, daß man schließlich zu einem Zustande vertrauensvoller Kooperation mit der Mandatarmacht zurückkehren muß. Man will Punkt für Punkt die Vorschläge der Regierung durchgehen, zäh um jede jüdische Forderung kämpfen und vor allem im Auge behalten, daß das wesentliche die Fortsetzung der Arbeit in Palästina ist. Sollten jedoch die Vorschläge der Regierung Lebensinteressen der Aufbauarbeit berühren, dann wird das jüdische Volk in seiner Gesamtheit aufgerufen werden, seine gerechten Forderungen mit aller Entschiedenheit vor der ganzen Welt und gegenüber der Mandatarmacht zu erheben. Denn schließlich sind wir überzeugt, daß unsere Sache nicht nur unsere Sache, sondern auch die des Rechtes, der menschlichen Gesittung und des Gesamtinteresses der Kulturmenscheit ist.

m. w.

Eine jüdische Kandidatur auf der Zentrumsliste

In der „Jüdischen Rundschau lesen wir:

„Die antisemitischen Äußerungen, die in einigen dem Zentrum zugezählten Organen in den letzten Tagen zu lesen waren, haben das Zentralorgan der Zentrumspartei, die ‚Germania', Berlin, veranlaßt, zu diesen Erscheinungen Stellung zu nehmen. Mit anerkennenswerter Entschiedenheit rückt die ‚Germania' von den Eskapaden des ‚Deutschen' und anderer Zeitungen ab, die als Organe des Zentrums betrachtet werden. Die ‚Germania' erklärt, daß der ‚Deutsche' in keiner Weise als Willens- und Meinungsausdruck der deutschen Zentrumspartei angesehen werden dürfe. Diese stehe auf der Plattform restloser Gleichberechtigung aller Staatsbürger in Deutschland und lehne jede Gemeinschaft mit Parteien ab, die programmatisch judenfeindlich sind. Die loyale Erklärung der ‚Germania' liegt durchaus in der Richtung der vom Zentrum seit der Nationalversammlung in Weimar getriebenen Politik. Daß sich im Zentrum ebenso wie in allen anderen deutschen Parteien, die Sozialdemokratie und die Kommunisten einbegriffen, Antisemiten befinden, ist den Juden nur zu gut bekannt. Im politischen Leben kommt es aber darauf an, wie das Programm einer Partei aussieht und wie die verantwortlichen Führer der Partei dieses Programm handhaben .

‚Die Welt am Montag' vom 1. d. M. meldet, daß der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde, Georg Kareski, auf der Berliner Wahlliste des Zentrums an 10. Stelle kandidiert. Das Blatt meint, daß dieser Platz natürlich aussichtslos ist und fügt hinzu, es sei interessant, daß die im allgemeinen als rein katholisch geltende Zentrumspartei einen hervorragenden Vertreter der jüdischen Religionsgemeinschaft auf seine Liste übernimmt. Wir haben vor einiger Zeit erfahren, daß unser Gesinnungsgenosse Kareski Reichstagskandidat des Zentrums werden soll. Dieser Entschluß ist in Georg Kareski gereift, nachdem die Zentrumspartei ihre Zustimmung ausgedrückt hatte, als stärkste Partei der religiösen Minderheiten durch Aufstellung eines Vertreters der jüdischen Minderheit darzutun, daß sie sich als Sachwalterin aller religiösen Minderheiten betrachtet. Durch die Aufstellung eines jüdischen Kandidaten, wenn auch an aussichtsloser Stelle, soll nach außen dargetan werden, daß die Zentrumspartei in Deutschland es entschieden ablehnt, sich den antisemitischen Parteien oder den Parteien anzuschließen, die bereit sind, Pakte mit den Nationalsozialisten einzugehen. Als ‚demonstrativer' jüdischer Kandidat war, wie wir hören, ein im Berliner Wirtschaftsleben bekannter Jude liberaler Richtung ausersehen. Die Berliner Zentrumspartei zog es aber vor, den für die jüdische Gemeinschaft in höherem Grade repräsentativen Georg Kareski als Kandidaten zu akzeptieren. Wir möchten es heute vermeiden, zu der Tatsache einer jüdischen Kandidatur auf der Zentrumsliste Stellung zu nehmen. Georg Kareski, das sei festgestellt, tritt als Reichstagskandidat des Zentrums weder in seiner Eigenschaft als Zionist, noch als Mitglied der Jüdischen Volkspartei auf. Seine Kandidatur ist als eine Handlung eines einzelnen Juden zu bewerten. Allerdings ist Kareski sowohl als Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde wie als Führer der Volkspartei und als langjähriger Zionist für alle drei Lager repräsentativ.

Auch in der deutschen Volkspartei waren in der letzten Zeit Stimmen zu vernehmen, die sich gegen die antisemitischen Methoden einzelner Ortsgruppen und Landesverbände der Partei wandten. Am deutlichsten äußerte sich in dieser Hinsicht Herr von Kardorff, was bei diesem vornehm und gerecht denkenden Manne nur selbstverständlich ist. Er sprach sich gegen eine Zusammenarbeit der Volkspartei mit den Nationalsozialisten aus. Es verdient, vermerkt zu werden, daß die Volkspartei auf ihrer Reichsliste, allerdings an 19. Stelle, in Arthur Lehmann auch einen jüdischen Kandidaten nominiert hat. Wenn man die Tatsachen aneinandereiht, daß die deutsche Volkspartei in Thüringen Dr. Frick die Stange hält, in Sachsen bereit war, mit den Nationalsozialisten eine Regierung zu bilden, andererseits aber einen Juden als Kandidaten nominiert und durch den Mund eines ihrer hervorragendsten Führer von den Nationalsozialisten abrückt, so ist die Kontur der Partei, vom Standpunkte des jüdischen Wählers gesehen, äußerst vage."

j. r.

Schluß der A. C. Sitzung

In den Sitzungen vom 26. August wurde die politische Debatte fortgesetzt, wobei Redner aller Richtungen zu Wort kamen. Am Mittwoch, dem 27. August fanden vormittags Kommissionssitzungen statt; in der Nachmittagssitzung wurde die politische Debatte beendet; für die Exekutive antwortete Professor Brodetsky. Auch Weizmann ergriff noch einmal das Wort.

Er beschäftigte sich zunächst mit den Ausführungen verschiedener Debattenredner, betreffend die Beziehungen zur Mandatarmacht. Wir haben jetzt der Regierung ein ausführliches Memorandum überreicht, in welchem wir unsere programmatischen Forderungen zusammenge-

stellt haben. Darüber müssen wir jetzt verhandeln. Wenn jemand ein anderes Programm vorzuschlagen hat, dann soll er seine Vorschläge im Aktionskomitee vorbringen. Die Redner der Opposition haben keine praktischen Vorschläge gemacht mit Ausnahme des einen, man solle ihnen die Leitung übergeben. Ich hätte nichts dagegen, daß die Opposition die Exekutive übernimmt, aber das hängt nicht von mir ab, sondern vom Aktionskomitee oder vom Kongreß. Die Exekutive hat die größten Anstrengungen gemacht, um die öffentliche Meinung für unsere Idee zu gewinnen, und wir haben im letzten Jahre eine Reihe von Freunden gewonnen. Aber es ist sehr schwer, es dahin zu bringen, daß auch gute Freunde entscheidende Schritte für eine Sache unternehmen, die sie unterstützen wollen, weil stets eine Fülle anderer Interessen und Rücksichten mitspielen, über die wir keine Macht haben. So haben wir gesehen, daß trotz der Bemühungen unserer Freunde, eine Debatte im Unterhaus herbeizuführen, diese immer wieder verschoben wurde. Auch der Vorwurf, wir hätten nicht genügend scharf mit der Regierung gesprochen, ist unberechtigt. Wir haben unsere Sache mit aller Entschiedenheit vertreten.

Viele Redner haben keinen Sinn für die realen Möglichkeiten und Unmöglichkeiten. Mit heroischer Geste werden Anschauungen vertreten, die einem mystischen Glauben entspringen. Grünbaum z. B. ruft zum Kampf auf. Ich habe auch gekämpft, aber als verantwortlicher Politiker muß ich wissen, wohin ein Kampf in letzter Linie führen wird. Manchmal kann man die Befürchtung haben, daß das Resultat unseres Kampfes auf unseren eigenen Kopf zurückfallen wird. Manche Herren meinen, wenn man eine geschickte Formel findet, dann existieren die Araber nicht in Wirklichkeit. Und diese Reden werden uns dann vorgehalten und die öffentliche Meinung kehrt sich gegen uns.

Wenn Grünbaum von einem System sprach, so hat er in gewissen Sinne recht. Das System bestand darin, solange die Möglichkeit vorhanden ist, Menschen nach Palästina zu bringen und Boden zu kaufen und die Menschen auf dem Boden zu verwurzeln. Ich habe immer gesagt, daß wir uns in erster Linie auf unsere eigene Leistung verlassen müssen. Wir mußten verschiedenes Unangenehme über uns ergehen lassen, oft mit Zähneknirschen, damit die Arbeit weitergeführt werden kann. Sieben Jahre hindurch war ich mehr Geldsammler als politischer Leiter, um diese Leistung zu ermöglichen. Die aufgebrachten Mittel kombiniert mit der Begeisterung eines Teiles der jüdischen Jugend haben diese Leistung zustande gebracht. Es ist nicht alles geschehen, was hätte geschehen können. Vielleicht wenn 250 000 Juden in Palästina gewesen wären, wären viele schlimmen Ereignisse nicht eingetreten. Aber wären diese Leistungen nicht da, dann wären wir viel schlechter weggekommen. Das System war, das Maximum der Juden im Minimum der Zeit mit den Mitteln, die wir aufbringen konnten, trotz all den Schwierigkeiten, die man uns gemacht hat. Und in dem Moment, wo ein Attentat auf die Seele dieses Systems unternommen wurde, mußte ich notgedrungen eine Kampfstellung einnehmen.

Lichtheim sagte. ich bagatellisiere die Interessengemeinschaft mit England. Ich glaube nicht, daß ich das getan habe. Ich glaube an diese Interessengemeinschaft, aber viele Engländer sind der Ansicht, daß andere Interessen diese Interessengemeinschaft kreuzen, und so kommt es, daß in der praktischen Politik nicht unser Standpunkt allein maßgebend ist. Wir müssen verstehen, daß England auch von ungeheueren Schwierigkeiten belastet ist. Es ist eine gewisse Tragik darin, daß wir gerade mit dieser englischen Regierung, deren führende Persönlichkeiten uns stets besonders nahe standen, in Konflikt geraten sind.

Es ist auch nicht richtig, wenn Großmann sagt, England könne sich darauf berufen, daß die Exekutive zehn Jahre geschwiegen hat. Wir haben nicht geschwiegen, sondern um jeden Schritt und jede Maßnahme mit ganzer Energie gerungen. Allerdings sind wir nicht in einen öffentlichen Kampf gegangen. Shiels hatte nicht recht, als er in Genf sagte, die Zionisten hätten nichts als Boden gefordert. Ich muß Dr. Shiels verweisen auf die langjährige Korrespondenz mit der Regierung in London und in Jerusalem. Es ist fraglich, ob man einen größeren Eindruck macht, wenn man die ganze Zeit einen lärmenden Kampf führt oder aber, wenn man jahrelang geduldig alles erträgt und dann im entscheidenden Moment sagt, jetzt ist der Moment gekommen, wo wir es nicht tragen können. Die einzige Macht, auf die wir uns in unserem Kampf stützen können, sind die Positionen in Palästina.

Stricker und andere haben hier behauptet, wenn wir nicht den Judenstaat ausrufen, läuft uns die Jugend weg. Darauf muß ich im vollen Bewußtsein, mich damit unpopulär zu machen, erwidern: der Judenstaat war nie Selbstzweck, sondern nur ein Mittel zum Zweck. Im Baseler Programm steht nichts über Judenstaat, auch in der Balfour-Deklaration nichts. Der Inhalt des Zionismus ist: eine Reihe von bedeutenden materiellen Unterlagen in Palästina zu schaffen, auf denen sich ein autonomes, in sich geschlossenes und produktives Gemeinwesen aufbauen kann.. Vielleicht haben manche führenden englischen Politiker während des Krieges, als die Welt noch im Dunkel lag, an einen Judenstaat gedacht, aber als die Realitäten zum Vorschein kamen, ist das revidiert worden. Im Mandat steht geschrieben, Ziel der Palästina-Politik sei ein Jüdisches Nationalheim in Palästina. Die Jugend kommt zu uns. Vielleicht ist sie nicht im Aktionskomitee; darum will ich Platz machen, damit Jüngere kommen können und vielleicht folgen andere meinem Beispiel. Aber das ist nicht nur bei uns so, sondern in der ganzen Welt, weil eine ganze Generation durch den Krieg vernichtet worden ist. Palästina könnte ein Judenstaat werden, wenn es ein leeres Land wäre. Ich behaupte, daß trotzdem die höchsten und besten Kräfte im Judentum durch unsere Idee geweckt werden und daß sie sich für diese große jüdische Schaffensmöglichkeit, auch wenn sie durch die gegebenen Verhältnisse eingeschränkt wird, voll einsetzen werden. Nach meiner tiefen Überzeugung ist überaus schädlich und unpolitisch, wenn Gedanken ausgestreut werden, die Glaubensbekenntnisse sind, aber das Fortschreiten unserer Arbeit in Palästina erschweren.

Es ist nicht unsere Schuld, daß das Aufleben des Ostens viel schneller vor sich gegangen ist, als die meisten sich vorgestellt haben. Es gibt heute eine heranwachsende arabische Iugend in Palästina, die in ihrem Sinne genau so gut zionistisch ist wie wir, und es wäre lächerlich, zu sagen, wir ignorieren diese Kraft und verschan-

zen uns in diesem Glauben. Wir dürfen nicht so sprechen, daß die Araber es so empfinden müssen, wie wenn man uns sagte, wir hätten kein Recht auf Palästina. Wir haben ein Recht und sie haben ein Recht. Beide Völker sind gleichberechtigte staatsbildende Elemente. So müssen wir zusammen arbeiten und wenn wir einmal die Majorität werden, dann werden wir sie nicht majorisieren, so wie wir nicht majorisiert werden wollen.

Das ist der Sinn des Mandates. Wenn dieser Inhalt des Mandates nicht durchgeführt wird, dann müssen wir dafür kämpfen, aber leider hat man Paßfield und Shiels die Möglichkeit gegeben, zu sagen: wir haben euch keinen Judenstaat versprochen.

Es ist nicht leicht für eine politische Leitung, nach so schweren Rückschlägen und angestrengter Arbeit zu den Freunden zu sprechen. Was die Zukunft betrifft, so halte ich es für ganz richtig, daß wir Simpson unser Material vorgelegt haben. Ich weiß nicht, wie sein Bericht ausfallen wird. Vielleicht werden wir gezwungen sein, dagegen zu kämpfen. Vielleicht wird er manche unserer Anschauungen akzeptieren. Ich möchte hier nur eine Möglichkeit erörtern. Gesetzt den Fall, wir könnten in den nächsten zehn Jahren 30 oder 40 000 Familien in Palästina ansiedeln, das ist nicht das Nationalheim, aber ich behaupte, daß, wenn dies gemacht wird, wir einen ganz gewaltigen Schritt weiterkommen und die Arbeit dann vervielfacht werden kann. Es handelt sich nicht darum, irreale Ziele zu setzen, sondern ein praktisches Programm für fünf oder zehn Jahre zu schaffen.

Auf diese Rede Weizmanns hin brach eine Krise im Aktionskomitee aus.

Am Donnerstag vormittag fanden Kommissionssitzungen statt. Bei Wiederaufnahme der Plenarverhandlungen im A.C. am Donnerstag Abend gab im Namen des Misrachi Rabbi Brodt (Polen) die Erklärung ab, daß sich die Misrachi-Fraktion mit der Auffassung des Präsidenten Weizmann über den Judenstaat nicht einverstanden erklären könne und deshalb ihre Mitglieder aus der Zionistischen Exekutive zurückziehe, daß der Misrachi aber bereit ist, auch weiterhin mit dem Präsidenten Dr. Weizmann und der Exekutive loyal zusammenzuarbeiten. Die Erklärung wirkte sensationell, und man hatte sofort den Eindruck, daß nunmehr eine Führerkrise ausgebrochen sei. Es kam hinzu, daß Herr Joseph Cowen (England) einen Antrag formulierte, der ungefähr lautet: Das Aktions-Komitee der Zionistischen Organisation rückt ab von der Auffassung des Präsidenten. Die Lage wurde dadurch verschärft, daß, während die allgemeinen Zionisten Deutschlands sich mit Dr. Weizmann solidarisch erklärten, ein Teil der allgemeinen Zionisten aus dem Auslande sich mit Weizmanns Erklärung hinsichtlich des Judenstaates nicht ganz identifizieren konnte und dem Wunsche nach einer neuen Formulierung Ausdruck gab.

Die Sitzung wurde abgebrochen und die einzelnen Fraktionen traten zu Beratungen zusammen. Nach Wiederaufnahme der Sitzung gab Dr. Weizmann eine Erklärung ab, die ungefähr besagte, er wolle sich in die Erörterung des Wortes Judenstaat, das überhaupt einen undefinierbaren, schemenhaften Begriff deckt, nicht einlassen. Für ihn bleibe als nächstes Ziel der Bewegung bestehen: Die Schaffung eines konstruktiven entwicklungsfähigen autonomen Gemeinwesens. Diesem Ziele müsse man nach Kräften zustreben. Wenn erst 500 000 Juden in Palästina leben, dann werde eine so starke jüdische Gemeinschaft auf die Millionen Juden der ganzen Welt eine stärkere Anziehungskraft ausüben, und die Entwicklung werde mit kräftigeren Schritten weitergehen.

Es folgten Erklärungen der Radikalen und der Revisionisten, daß sie für den Antrag Joseph Cowen stimmen werden, während die Vertreter der Arbeiterparteien erklärten, daß sie an der Erörterung über „Judenstaat“ überhaupt kein Interesse hätten. Der Misrachi und die allgemeinen Zionisten zogen sich zurück, um über ihre Stellungnahme zu der neuen Erklärung des Präsidenten Weizmann zu beraten.

Nach Wiederaufnahme der Plenarsitzung gab Rabbi Brodt im Namen des Misrachi eine Erklärung ab, die ungefähr dahin lautete, daß Misrachi die Erklärung Dr. Weizmanns zur Kenntnis nehme in dem Sinne, daß das erstrebte konstruktive Werk das jüdische Volk auf den Weg zum Judenstaat führen werde.

Präsident Dr. Weizmann erhob sich sofort und führte aus, die Deutung des Misrachi entspreche nicht seiner Auffassung, und da er glaube, daß er die Mehrheit nicht hinter sich hat, wolle er nicht mehr der politische Führer der Bewegung sein. Er sei aber bereit, provisorisch die politischen Geschäfte weiter zu führen. Wenn aber das A.C. in der Lage sei, über eine neue Führerschaft zu beschließen, so sei er bereit, schon jetzt zurückzutreten. Nach Abgabe dieser Erklärung verließ Dr. Weizmann den Sitzungssaal.

Diese Erklärung des Präsidenten der Organisation wirkte auf das Haus konsternierend, doch mehrten sich die Stimmen, die glaubten, daß der Konflikt nicht so ernst sei, daß sich nicht vielleicht schon über Nacht oder in den allernächsten Tagen eine Lösung finden könnte.

Das A.C. ging dann, spät nachts, in die Beratung des Budgets ein. Man einigte sich auf ein Budget von 832 000 Pfund und nahm auch sonstige Entschließungen finanzieller und budgetärer Natur an, die dem Administrativkomitee der Jewish Agency zur Erwägung und Beschlußfassung empfohlen werden.

Die Aussprache über die Krise wurde wieder aufgenommen und erwogen, ob nicht das A.C. Dr. Weizmann ersuchen solle, seine Rücktrittserklärung zurückzuziehen. Schließlich wurde mit 24 gegen 2 (Grünbaum und Stricker) Stimmen der Beschluß angenommen, Dr. Weizmann zu ersuchen, die Führerschaft definitiv zu behalten.

Am frühen Morgen ging das A.C. auseinander, ohne die politischen Resolutionen in Behandlung gezogen zu haben. Es wurde beschlossen, während der Tagungspause das Administrativkomitee der Jewish Agency die Beratungen forzusetzen.

Weizmann bleibt an der Spitze

Berlin, 1. September. (JTA.) In der Schlußsitzung des Zionistischen Aktionskomitees, die am Samstag, dem 30. August, 11 Uhr abends, begann und gegen 2 Uhr nachts endete, referierte El. Berligne über die Anträge der Politischen Kommission. Nach längerer Aussprache, an der sich Vertreter verschiedener Fraktionen beteiligten, gelangte eine Reihe von Beschlüssen zur Annahme. Bezüglich des angekündigten Programmes der englichen Regierung erwartet das A.C., daß die englische Regierung das von der Exekutive der Jewish Agency gemäß Art. 4 des Palästina-Mandates eingereichte Memorandum über die Entwicklung des Jüdischen Nationalheims in

Erwägung ziehen und ein konstruktives Programm empfehlen wird, welches entsprechend dem Geist und dem Buchstaben des Mandates darauf gerichtet sein wird, die Errichtung des Jüdischen Nationalheims zu sichern und zu beschleunigen. Das A.C. erklärt, daß die Zionistische Organisation bereit ist, in vollem Umfange mit der Mandatarmacht bei der Ausarbeitung eines solchen Programms zusammenzuarbeiten.

Zu den Beschlüssen der Mandatskommission und ihrer Tagung vom 3. bis 21. Juli 1930 erklärt das A.C. daß es in ihnen eine von internationaler Stelle kommende moralische und rechtliche Bestätigung der Notwendigkeit einer aktiven „dynamischen“ Betätigung der Mandatarmacht zur Entwicklung Palästinas erblicke, um entsprechend dem Art. 2 des Mandates solche Bedingungen politischer, ökonomischer und administrativer Natur in Palästina zu schaffen, die die Errichtung des jüdischen nationalen Heimes sichern.

Nach Erledigung des Berichtes der Politischen Kommmission brachte Rubaschow die in der Nachtsitzung vom 28. zum 29. August beschlossene Resolution des A.C. in Erinnerung, wonach das A.C. die Erklärungen Sokolows in Anknüpfung an die Aussage Sachers vor der Shaw-Kommission gemäß den Instruktionen Prof. Weizmanns zur Kenntnis nimmt und Dr. Weizmann auffordert, die Arbeit fortzusetzen. Prof. Weizmann gab hierauf eine Erklärung ab, daß er sich freue, in dem Beschlusse des A.C. die Möglichkeit für eine Fortführung seiner Arbeit zu sehen. Er forderte alle Teile der Organisation auf, auf ihrem Posten zu verharren, und betonte mit Nachdruck die Dringlichkeit und Notwendigkeit der gegenwärtigen Arbeit, die die unumgängliche Voraussetzung für die zukünftige Entwicklung, einerlei wie man die Endziele formuliert, darstellt.

Hierauf wurde um 1.30 Uhr nachts die Tagung des A.C. geschlossen.

Beschluß des A.C.
betreffend den nächsten Zionistenkongreß

Berlin, 29. August. (JTA.) Nach einem Referat von Dr. Mossinsohn (Palästina) namens der Organisations- und Propaganda-Kommission nahm das zionistische Aktionskomitee den folgenden Beschluß betreffend den nächsten Zionistenkongreß an:

Das A.C. nimmt die Erklärung der Exekutive zur Kenntnis, daß vor einer definitiven Stellungnahme zu einem Palästinaprogramm der englischen Regierung, welches vitale Interessen unserer Arbeit berührt, eine Tagung des Councils der Jewish Agency erforderlich ist und der zionistische Kongreß einberufen werden muß.

Die Exekutive wird ermächtigt, alle von ihr erforderlich gehaltenen Maßnahmen organisationsrechtlicher Art zu treffen, um den Zusammentritt des Kongresses nach Durchführung der Wahlen in kürzester Zeit zu ermöglichen. Zeit und Ort des Kongresses soll gegebenenfalls die Exekutive im Einvernehmen mit dem Präsidium des A.C. bestimmen.

Tagung der Jewish Agency

Berlin, 29 August. (JTA.) Am Freitag, dem 29. August, 10.30 Uhr, begann im Logenhaus zu Berlin die Tagung des Administrativkomitees der Jewish Agency bei Anwesenheit der Mitglieder des A.C., die als solche den zionistischen Teil des Komitees bilden, und mehrerer führender Juden aus den verschiedenen Ländern, die den nichtzionistischen Teil des Komitees bilden oder als Gäste den Verhandlungen beiwohnen.

Felix M. Warburgs Bericht

Der Vorsitzende des Administrativkomitees der Jewish Agency, Herr Felix M. Warburg, eröffnete die Tagung mit einer Ansprache und erstattete dann den Bericht des Komitees. Er führte aus:

Indem ich die heutige Tagung des Administrativkomitees eröffne, tut es mir leid, ein gewisses Gefühl der Enttäuschung nicht verhehlen zu können. Als wir unsere Londoner Tagung im März dieses Jahres abschlossen, kamen wir überein, im Herbst wieder zusammenzutreten, um die Budgetbedürfnisse der Agency für unser Programm im nächsten Jahr zu prüfen. Trotz des Berichtes der Shaw-Kommission gingen wir mit gewissen Hoffnungen auseinander gestützt auf die herzlichen Versicherungen der britischen Regierung, daß die Bestimmungen des Mandats und der Balfour-Deklaration aufrecht erhalten werden würden und gestärkt durch die freundschaftlichen Erklärungen von Stanley Baldwin und Lloyd George.

Leider haben sich diese Hoffnungen nicht verwirklicht. Der plötzliche und unerklärliche Schritt der Regierung, durch den etwa 2300 Einwanderungszertifikate, welche von dem Oberkommissar für Palästina erst nach gründlicher Untersuchung der wirtschaftlichen Verhältnisse und der Lage des Arbeitsmarktes genehmigt worden waren, provisorisch außer Kraft gesetzt wurden, hat uns tief erregt und erschüttert. Herr Dr. Weizmann und seine Mitarbeiter setzten sich gleich mit der Exekutive, mit dem Vorsitzenden des Administrativkomitees und mit den Mitgliedern des Political Comittee der Agency in Verbindung. In der ganzen Welt fand die Empörung der jüdischen Bevölkerung in Versammlungen, Protestkundgebungen und Resolutionen Ausdruck.

Trotz dieser schweren Schläge haben der Keren Hajessod und die verschiedenen Geldsammelkomitees sich auf das äußerste angestrengt, um die von ihren Ländern erwarteten Geldbeträge aufzubringen. Wie uns mitgeteilt wird, gingen beim Keren Hajessod während der zehn Monate von Okober 1929 bis August 1930 über 198 000 Pfund ein, ausschließlich von ungefähr 120 000 Pfund aus den Mitteln des Allied Jewish Campaign in den Vereinigten Staaten und ausschließlich der Überweisungen, die von der Hadassah direkt für ihre medizinischen Zwecke gemacht worden sind. Darüber hinaus wurden 115 000 Pfund dem Keren Hajessod als Darlehen zur Verfügung gestellt. Mit verschiedenen anderen Eingängen zusammen ergibt das eine Gesamtbruttoeinnahme von ungefähr 433 000 Pfund. In den Vereinigten Staaten wurde es für wünschenswert gehalten, dem United Palestine Appeal Gelegenheit zu geben, seine ausstehenden Spenden einzubeziehen, so daß der Allied Jewish Campaign, der das Geldsammelorgan sowohl für die Bedürfnisse der Jewish Agency for Palestine als auch des Joint Distribution Commitee ist, die Eintreibung der Gelder erst vom Beginn des Kalenderjahres 1930 an übernommen hatte. Es ist bedauerlich, daß in den Vereinigten Staaten eine Reihe von Hindernissen sich einer raschen Einleitung der Geldsammlungen in den Weg stellten.

Es kann nicht unterlassen werden, hervorzuheben, daß viel von dem allgemeinen Vertrauen zerstört worden ist durch die wenig günstige Haltung, die die britische Regierung unserer Arbeit gegenüber einzunehmen scheint.

Ein etwas erfreulicherer Bericht kann über die Tätigkeit des Keren Kajameth erstattet werden, der einen erheblicheren Erfolg aufzuweisen hat. Die politische Entwicklung und die Besprechungen mit der Regierung haben natürlich den Präsidenten der Agency, die Mitglieder der Exekutive und die Vorsitzenden des Administrativkomitees dauernd lebhaft beschäftigt. Eine Sitzung des Political Commitee wurde am 23. Juni nach London einberufen.

Das Protokoll dieser Sitzung bringt das Gefühl der schweren Enttäuschung zum Ausdruck, das alle seine Mitglieder über die Wendung der Dinge empfanden. Es soll nachdrücklich darauf hingewiesen werden, daß die Führer der Agency bei jeder Gelegenheit ihre Überzeugung geäußert haben, daß diejenigen, denen es oblag, die heiklen Verhandlungen mit der Regierung zu führen, ihr Bestmögliches unter den schwierigen Verhältnissen getan haben. Das Problem der Klagemauer und eine richtige Darstellung der jüdischen Auffassung dieses Problems hat die Aufmerksamkeit der Exekutive in Palästina und in London, des Präsidenten der Agency, des Vorsitzenden des Administrativkomitees und ganz besonders des Herrn Dr. Cyrus Adler voll in Anspruch genommen, der mit der Abfassung eines Memorandums für die „Klagemauer-Kommission" betraut worden war. Der Bericht dieser Kommission dürfte nicht vor Ende Oktober zu erwarten sein.

Im Interesse der Gerechtigkeit muß gesagt werden, daß im Laufe der sehr ernsten Aussprache über das Problem der jüdisch-arabischen Beziehungen gewisse grundlegende Meinungsverschiedenheiten aufgetreten sind und zwar nicht so sehr über die letzten Ziele, als vielmehr darüber, ob es wünschenswert und ob der Zeitpunkt geeignet sei, Besprechungen mit der Regierung über die jüdisch-arabischen Beziehungen einzuleiten. Wir sind der Meinung, daß der Kernpunkt des ganzen Problems darin besteht, auf dem ökonomischen, landwirtschaftlichen, sozialen und staatsbürgerlichen Gebiete Zusammenarbeit, Toleranz und gegenseitige Hilfsbereitschaft herbeizuführen.

Unter den wichtigen Fragen, die in dieser Tagung behandelt werden sollen, ist die gründliche Prüfung und Analyse der Finanzlage der Agency, ihrer Struktur und ihrer Arbeitsmethoden; die Erwägung von Mitteln und Wegen, die geeignet sind, die größtmögliche Leistungsfähigkeit, die sich mit sparsamer Wirtschaft und mit der Verringerung von Verwaltungsausgaben vereinbaren läßt, sicherzustellen und das Budget der Agency dadurch zu entlasten, daß anderen in Palästina tätigen Körperschaften und Organisationen die für sie geeigneten Funktionen übertragen werden, während der Agency die allgemeine Aufsicht vorbehalten bleibt, so daß auf diese Weise nach einem konsequenten Plan dauernd gearbeitet werden kann.

Wir tragen die schwere, erdrückende Last früherer Schulden und Verpflichtungen. Sie werden sich erinnern, daß ungefähr 26 bis 27 Prozent des Budgets für das laufende Finanzjahr zur Dekkung von Schulden verwendet werden mußten. Es wurde der Vorschlag gemacht, daß einige der Männer, denen Palästina besonders nahesteht und die glauben, daß sie sich von ihrer Tätigkeit zrückziehen müssen, eine Gruppe bilden und sich verpflichten möchten, die Schulden und Verpflichtungen der Agency während einer Anzahl von Jahren zu tilgen — vorausgesetzt, daß eine solche Vereinbarung mit den Gläubigern von Keren Hajessod und Agency getroffen werden kann. Damit würde schon viel getan sein, um die Agency zu entlasten und sie in die Lage zu versetzen, ihren laufenden Verpflichtungen nachzukommen und ihre jährlichen Budetbedürfnisse zu decken.

Die vorübergehende Außerkraftsetzung der Zertifikate und die Rückwirkung dieser Maßnahme auf das Weltjudentum bildet, meiner Meinung nach, den Tiefpunkt in der jüdischen Arbeit in Palästina. Heute haben wir das Recht, mit größerer Zuversicht in die Zukunft zu blicken, denn die letzten paar Monate haben alle Menschen in Palästina und alle, die mit seiner Verwaltung und seiner Wohlfahrt verbunden sind, zur klaren Erkennung der Verhältnisse gebracht. Keine ülertriebenen Wünsche oder Forderungen sind den offiziellen Stellen seitens der Jewish Agency vorgelegt worden.

Es freut mich auch, über unseren vor kurzem Lord Paßfield abgestatteten Besuch, zu dem wir ohne Anregung unsererseits eingeladen worden sind, zu berichten. Lord Paßfield hat uns zwei Stunden gewidmet und überzeugte uns davon, daß es sein voller Ernst gewesen sei, als er uns für die Durchführung des Mandats gewisse Zusicherungen machte: „We are going to put our back into the job". Das sind seine eigenen Worte. Er hat ferner Verständnis dafür gezeigt, daß Geldmittel nötig sein werden für den Ankauf von Land zu Siedlungszwecken und daß die Regierung diese Mittel vielleicht durch eine Art Garantie des Britischen Schatzamtes werde beschaffen müssen. Das wird aber uns nicht der Notwendigkeit entheben, die Mittel der Regierung zu ergänzen, um die vollständige Durchführung dieser Pläne sicherzustellen, und zwar ganz unabhängig von den Mitteln, die wir werden bereitstellen müssen für die Besiedlung des Bodens, der sich in unseren Händen befindet.

Lord Paßfield äußerte sich auch hoffnungsvoll mit Bezug auf die wichtige Erweiterung des Eisenbahnnetzes.

Er sagte uns, daß sein Ressort auf Grund sachverständiger Prüfung davon unterrichtet sei, daß Truppen in genügender Stärke und eine vergrößerte Polizeimacht die Sicherheit aller Einwohner Palästinas gewährleisten. Er teilte uns ferner die Ansicht der Regierung mit, daß es möglich sei, bessere Beziehungen zwischen den verschiedenen Bevölkerungsteilen in Palästina zu fördern und daß die Regierung im Begriff sei, Schritte in dieser Richtung zu unternehmen.

Unter diesen Umständen glauben wir, daß die mühevollen Anstrengungen von Weizmann und anderen mit Erfolg gekrönt waren und daß unser Schiff wieder flott ist und sicherem Hafen zusteuert.

Wenn es zu Plänen für die Zukunft kommen wird, werden das Administrativkomitee und die Unterausschüsse, die gebildet werden sollen, so lebenswichtige Probleme zu erwägen haben, wie die Frage der Finanzen und des Budgets der Agency, und zwar nicht nur für das laufende und nächste Finanzjahr, sondern auch die Frage eines Planes für die Tilgung und Rückzahlung der Schulden und Verpflichtungen der Agency. Zweitens werden wir die Frage der Organisation und des Personals sowie die der Koordinierung der

DER AUFSTAND

VON J. OPATOSCHU

Aus dem Jiddischen von Siegfried Schmitz

29. Fortsetzung

„Wozu säße er denn sonst hier im Talkessel?" stieß Kahane erregt hervor. „Die Stellungen sind von allen Seiten offen, und ein einziges geschicktes Manöver eines russischen Regimentes wirft uns über die österreichische Grenze! Langewitsch baut auf die russische Unfähigkeit; er setzt viel aufs Spiel, denn mag die Rechnung zehnmal stimmen, beim elftenmal muß man hineinfallen! Ach, Mordechai," Kahane wandte sich feldein, „du weißt ja gar nicht, was hier vorgeht! Hinter dem ruhigen, verdrießlichen Langewitsch steht die gesamte Reaktion! Die Gegner des Aufstandes, die ihm das Grab bereiten wollen, sehen in Mieroslawski und seinen Anhängern Kommunisten, welche die Bauern befreien und die Schlachta vernichten wollen. Ich sagte: die Reaktion? Auch die ‚Roten' stehen hinter Langewitsch. Für die naiven ‚Roten' ist er der Träger der neuen Idee, für die ‚Weißen' die einzige Waffe, um aus Polen nicht so sehr Mieroslawski selbst, als vielmehr seine Idee vom freien Polen zu vertreiben. Und was sich vor fünfundsiebzig Jahren beim Zerfall Polens abgespielt hat, genau dasselbe spielt sich jetzt in dem Dörfchen Gosci ab. Jeder will Diktator werden, jeder, von Langewitsch angefangen bis zu Jezioranski. Sie opfern Polen ihrem eigenen Ehrgeiz. Das ist kein Stab, das ist ein Tummelplatz der Intrigen. Jeder tut, was ihm beliebt, und ich fürchte, heute oder morgen wird sich hier eine Komödie abspielen, die von Schauspielern inszeniert sein könnte, nicht von Militärs!"

„Und Mieroslawski hat im Stab keine Anhänger?" fragte Mordechai.

„Sehr wenige, die Brüder Kaskowski, ich und noch der eine oder andere. Unter den Zuaven hat er mehr Anhang; es sind Kinder französischer Emigranten, Studenten und Revolutionäre verschiedener Art."

„Und Langewitsch selbst?"

„Die Grafen, die Gosci wie ein Heuschrekkenschwarm überfallen haben, die haben ihm den Kopf verdreht. Ununterbrochen werden Korrespondenten von der Auslandspresse eingeladen; man berichtet, macht photographische Aufnahmen. Und die Frauen der Gutsbesitzer, die ins Ausland geflüchtet sind, da sie sich dem Aufstand nicht anschließen wollten, kaufen den Verrat ihrer Männer mit ihrem Körper los und kleben am Stab wie die Fliegen."

„Wenn ich recht unterrichtet bin, so ist auch im Stab selbst eine Frau?" unterbrach Mordechai.

„Du meinst die Pustowojtowna? Das ist ein ganz anderer Fall, in diesem Geschöpf polnisch-russischer Mischung lebt etwas von der Stoßkraft des unterdrückten Polen! Wenn Langewitsch nicht den Intrigen zum Opfer fällt, die um ihn rasen, so wird das nur das Verdienst der Pustowojtowna sein. Alle im Stab beten sie an, von Langewitsch angefangen bis zu Czechowski. Ihr gefällt, so scheint es mir, der alte Czechowski; der Alte kann auch gefallen! Mit einem leichten Ruck am Zügel bändigt er das wildeste Roß! Du wirst ihn ja selbst sehen!"

„Ich habe ihn schon gesehen," bemerkte Mordechai.

„Sieht er nicht aus wie ein Kosakenhetman?" Kahane blieb plötzlich stehen. „Mir geht es oft durch den Kopf, wäre nicht der Aufstand, sie wären nicht bei uns, die Menschen wie Czechowski oder die Pustowojtowna; die sozialen Erschütterungen schleudern sie an die Oberfläche..."

„Es ist aber auch Raum für Intriganten," unterbrach Mordechai.

„Doch sie können sich nicht länger halten als eine Rakete in der Luft," erwiderte Kahane lächelnd. „Erinnerst du dich noch des jungen Herrchens in der Kommune — er trug ein Monokel, wie hieß er doch nur?"

„Wer trug dort kein Monokel?"

„Ich meine den, der beim Abschiedsfest Thérèse belästigte."

„Graf Grabowski?"

„Ja! Das Herrchen ist plötzlich im Stab als ‚Roter' aufgetaucht und führt das große Wort! Gib acht, der Schieber wird uns alle noch so kompromittieren, daß wir uns werden schämen müssen."

„Warum schweigst du denn?"

„Was kann ich tun, wenn der Kerl mit einem ‚Dokument' aus Warschau angerückt kommt? Da heißt es nur Maul halten, und wenn du zerspringst, Unterwerfung unter den Befehl der Geheimorganisation! Morgen haben wir eine Beratung, der Stab wird vollzählig versammelt sein; da soll es sich entscheiden, ob die Diktatur anzunehmen oder abzulehnen ist. Es ist möglich, daß ich dann morgen die Frage anschneide; vielleicht suche ich dich noch heute abend auf."

Sie verabschiedeten sich.

AM LAGERFEUER

Die Zuaven verstreuten sich über die Ebene und begannen Gräben auszuwerfen, in denen übernachtet werden sollte.

Mordechai und Wirzbicki bauten sich aus Ästen und Stangen ein Zelt und deckten es mit Stroh und Erde.

Da und dort flammten Feuer auf. In Gruppen von zehn bis zwanzig Mann saß man um die Feuer, briet Kartoffeln, röstete Wurststücke auf Zweigen und plauderte. Und wenn die Reden plötzlich verstummten, so stimmte einer ein Lied an; die andern hüllten sich in die Decken, schlugen mit den Stiefeln den Takt und gaben sich gesenkten Hauptes in die Hut der Nacht.

Krasnopolski, der mit untergeschlagenen Beinen und der Troddel auf der Mütze einem Türken glich, qualmte eine kurze Pfeife und spuckte mit großer Fertigkeit ins Feuer. Im Dunkel der Nacht war nicht zu sehen, daß Krasnopolski nahezu zwerghaft klein war; und seine Stimme klang so sicher, daß alle ringsum sich in seiner Nähe wohlfühlten.

„Diese Leute können sich doch nicht mit Garibaldi vergleichen?!" Seiner Gewohnheit gemäß übersetzte Krasnopolski jeden polnischen Satz ins Französische.

„Auch mit Mieroslawski nicht?" fiel ein Mieroslawski-Anhänger ein.

„Mieroslawski hat alles verloren und dazu noch erbärmlich verloren", sagte ein dritter.

„Es ist nun einmal so, Panowie, ein Held darf nicht geschlagen werden."

„Was konnte der General mit seinen sechzig Mann ausrichten? Der Feind hatte ihn umzingelt. Da hätte Garibaldi selber auch keinen Rat gewußt!"

„Wenn er sich vom Feinde umzingeln ließ, so hatte er nur zwei Möglichkeiten: entweder sich durchzuschlagen oder selbst auf dem Platze bleiben; nur eines von beiden durfte er tun, doch nicht Reißaus nehmen, nachdem er seine sechzig Mann wie das Vieh hatte abschlachten lassen!"

Ein Klosterbruder in weißem Mantel mit spitzer Kapuze stand plötzlich beim Lagerfeuer. Eine Zeitlang hörte er dem Gespräche zu, dann schlug er mit starrem Blick über der Mannschaft ein Kreuz und schrie mit gewaltiger Stimme:

„Es lebe Langewitsch!"

Fremdartig tönte der Ruf durch die kalte Nacht. Ehe sich die Soldaten recht umsahen, war der Klosterbruder verschwunden und stand schon bei einem anderen Feuer; von der Ferne hallte sein „Es lebe Langewitsch!" wie eine Unheilsbotschaft herüber.

„Es sind zu viele Kutten bei uns im Stab", sagte ein Garibaldianer.

„Auch zu viele Weiber!"

„Das wäre nicht halb so schlimm!"

„Ihr lästert!"

„Ich möchte am liebsten jeden Adeligen aufhängen!"

„Und ich jeden Pfaffen!" rief ein Italiener.

„Ohne die Pfaffen würde das Bauernvolk nicht mittun!"

„Tun sie denn so mit, die Tröpfe?"

„Ganz richtig, Borgia hat recht — ein Adeliger oder ein Pfaffe, beide verdienen bloß den Galgen!"

„Und ihr seid dessen sicher, daß euer Garibaldi uns zu Hilfe kommt?"

„Er kommt mit einer Armee!"

„Und Kossuth, heißt es, mit einer zweiten!"

„Und die Franzosen, glaubt ihr, werden stillsitzen?"

„Schön dumm wäre der Franzose, wenn er sich nicht rührte!"

„So werden wir ja bald in Warschau sein!"

„Oh, Brüderchen, dort werden sie uns einen Empfang bereiten! . . ."

„Und wo ist deine Jadwiga, Janek?"

„In Warschau."

Die Augen glänzten. Einer brachte eine Flasche Branntwein, tat einen Schluck und ließ sie kreisen.

Einige Mann, die Wachslichter in den Händen trugen, kamen näher.

„Was ist das für eine Prozession?"

„Ist jemand gestorben?"

„Die Wachen werden abgelöst."

„Bei Licht?"

Die Patrouille schwenkte feldein und verschwand in der Dunkelheit. Bei den Feuern schrie noch immer der Klosterbruder sein „Es lebe Langewitsch!".

„Warum hört er nicht auf zu krächzen?"

„So eine weiße Fledermaus!"

„Lästert nicht!" Ein alter Mann kniete nieder und bekreuzigte sich.

„Hier schlägt man kein Kreuz!"

„Marsch, in die Kirche!" (Fortsetzung folgt.)

Beziehungen zwischen unseren verschiedenen Büros und Abteilungen weiter und sorgfältiger zu prüfen haben. Drittens wird unser Komitee darüber zu beraten haben, wie unsere Tätigkeit mit den Funktionen und der Arbeit anderer wirksam arbeitender Organisationen, die für Palästina tätig sind, in Einklang gebracht werden soll. Soweit es sich um Fragen grundsätzlicher Politik handelt, werden wir bestimmen müssen über unsere Stellungnahme zu den Beschlüssen der britischen Verwaltung in Palästina, über unser Verhältnis zu der britischen Regierung und zu dem Völkerbund in wichtigen Fragen, über unsere Einstellung zu eventuellen Vorschlägen für die Neuregelung des Verkaufs von Boden und für die Reorganisation auf dem Gebiete der Gesetzgebung und der Verwaltung in Palästina, über das wichtige Problem der Zusammenarbeit mit der arabischen Bevölkerung auf staatsbürgerlichem, wirtschaftlichem, sozialem Gebiet und anderen Gebieten; und endlich werden wir uns darüber schlüssig werden müssen, wie wir über die schwere Zeit der finanziellen Spannung und des politischen Druckes hinwegkommen werden.

Es wird für unser Komitee von Interesse sein, zu wissen, daß die Jewish Agency von der Regierung Großbritanniens eine offizielle Mitteilung über die formelle Anerkennung der erweiterten Jewish Agency erhalten hat.

Der Palästinabericht der Ständigen Mandatskommission des Völkerbundes und das Memorandum mit den Bemerkungen der britischen Regierung zu diesem Bericht sind soeben von der Presse veröffentlicht worden. Die Kommission hatte die Mandatsmacht in mancher Beziehung kritisiert und die britische Regierung hatte ihr Vorgehen verteidigt und Gegenkritik an dem Bericht der Mandatskommission geübt. Ich zweifle, ob Kommentare über Details im gegenwärtigen Augenblick nützlich wären. Diese Schriftstücke werden Gegenstand von Erörterungen in der kommenden Versammlung des Völkerbundes sein.

Die Jewish Agency hofft, daß eine Regelung zustande kommt, daß weniger wichtige Fragen, die zu Reibungen Anlaß gegeben haben, aus der Welt geschafft werden und daß gutgemeinte Kritik in Betracht gezogen werden wird. Bis zur Versammlung des Völkerbundes sind die zwischen der Ständigen Mandatskommission und der Mandatsmacht schwebenden Fragen gewissermaßen sub judice.

Es war der einmütige Wunsch des jüdischen Volkes, daß das Mandat für Palästina Großbritannien anvertraut werden sollte. Die Juden waren der festen Zuversicht, daß diese Treuhänder einer großen, gerechten und erfahrenen Nation, die unter der Aufsicht des Vökerbundes ausgeführt wird, eine neue und höhere Verwaltungsform zur Folge haben würde, die nicht nur Palästina, sondern auch anderen Teilen der Welt zugute kommt und die ein ausschließlich auf das Wohl der Bevölkerung des Landes gerichtetes System schaffen wird. An dieser Hoffnung halten wir noch fest.

Nach Beendigung seines Berichtes erteilte Herr Felix Warburg das Wort Herrn Professor Weizmann, dem Präsidenten der Jewish Agency, zu einem politischen Bericht über die Lage. Weizmanns Ausführungen deckten sich im wesentlichen mit seinem Bericht an das Aktionskomitee.

Nach Weizmanns Rede erstattete Dr. Arthur Ruppin den Palästinabericht mit besonderer Berücksichtigung der Untersuchung Sir John Hope Simpsons.

Nach Dr. Rupin referiert Bernard Flexner über die Palestine Economic Corporation und Dr. Hexter über den Palestine Emergency Fund. Sodann wird die Vormittagssitzung um 1.30 Uhr geschlossen.

Berlin, 1. September. (JTA.) In der Sitzung vom 31. August vormittags erstattete Direktor Wassermann den Keren-Hajessod-Bericht und leitete gleichzeitig durch bedeutsame Ausführungen die allgemeine Aussprache ein. Charakteristikum der Aussprache war das auf beiden Seiten der Jewish Agency, der nichtzionistischen und der zionistischen Seite, an den Tag gelegte Bestreben, einander zu verstehen. Sogar die Kritiker der erweiterten Agency unter den Zionisten brachten zum Ausdruck, daß das erste Arbeitsjahr, das die erhofften Ergebnisse nicht gebracht hat, kein Kriterium für die Zunkunft sein dürfe. Erschütternd wirkte der Appell der Vertreter der Palästina-Arbeiterschaft, energisch an eine großzügige Aufbauarbeit heranzugehen, da der Jischuw unter der Kleinarbeit zermürbt und entmutigt wird, und die großen Palästina-Ziele bagatellisiert werden.

Der erste Weltkongreß der Schomre Schabbos

Berlin, 25. August. (JTA.) Am Sonntag, dem 24. August, 10.30 Uhr vormittags, wurde in der Singakademie zu Berlin der erste Weltkongreß des Verbandes der Schomre Schabbos eröffnet. Es hatten sich zu demselben mehrere hundert Delegierte und Gäste aus fast allen Ländern der Welt eingefunden. Selten waren in den letzten Jahrzehnten eine so große Zahl jüdischer religiöser Führer an einer Stelle versammelt. Seminardozent Dr. Samuel Grünberg, der Präsident des Weltverbandes Schomre Schabbos, rief der Versammlung ein „Schalom Aleichem" zu, begrüßte die Führer des religiösen Judentums, die Vertreter der Reichs-, Staats- und Stadtbehörden, die Vertreter der französischen und der italienischen Botschaft, sowie mehrere Gesandtschaften auswärtiger Regierungen, die Vertreter der verschiedenen jüdischen Gemeinden und Organisationen des In- und Auslandes und gedachte insbesondere der Jüdischen Gemeinde Berlin, die durch die Gewährung eines namhaften speziellen Kongreßbeitrages sich die Schomre Schabbos zu besonderem Dank verpflichtete. Einen besonders herzlichen Willkommengruß bot der Redner den Delegierten aus Erez Israel, denen er den Segensspruch zurief: „Boachem leschalom malache haschalom!" (Seid willkommen, Ihr Boten des Friedens!)

Präsident Dr. Grünberg entwickelte sodann Idee, Ziele und Organisation der Schomre Schabbos. Er führte u. a. aus: Die Beobachtung des heiligen Ruhetages mit seinen religiösen, ethischen und sozialen Auswirkungen ist eine Grundforderung des sinaitischen Dekalogs, die Innehaltung des Sabbat die kategorische Forderung und Mahnung aller großen Propheten. In ihrer späteren universalistischen Auswirkung bedeute die Sabbat-Idee die größte sozialethische Revolutionierung der Menschheit. Für Israel selbst wurde der Sabbat der Lebensquell seines Daseins, die Seele seines Volkskörpers. In unserer Zeit aber ist der Sabbat in seiner Existenz bedroht, jedem jüdischen Menschen wird es schwer gemacht, dem Sabbat die Treue zu wahren. Die größte Gefahr offenbart sich in

den unsozialen Sonntagsruhe-Gesetzen unserer Länder. So wurde denn das religiöse Sabbat-Problem in unserer Zeit zu einem sozial-ökonomischen Problem, und die Lösung ist hauptsächlich auf sozialökonomischem Wege zu suchen. So mußte eine Organisation geschaffen werden, die alle sabbatbejahenden Kräfte für den Abwehrkampf vereinigen soll. Aus dieser Erkenntnis heraus ist der Weltverband für Sabbatschutz, mit seinem absoluten überparteilichen Charakter, entstanden, und zu dem genannten Zwecke ist dieser Sabbat-Weltkongreß einberufen worden. Leider glauben noch viele Regierungen, daß eine Milderung der Sonntagsruhe-Gesetzgebung ihren jüdischen Bürgern gegenüber unangebracht sei, obwohl die Erfüllung unseres Verlangens in dieser Richtung nicht nur für uns, sondern auch für unsere christlichen Nachbarn von Nutzen ist. Drei große Kulturnationen Europas, die in ihrer Großzügigkeit unseren Wünschen entgegengekommen sind, bezeugen dies am besten.

Der Weltverband für Sabbatschutz, schloß Dr. Grünberg, richtet von dieser Tribüne aus einen Apell an alle Kulturnationen, in deren Mitte Teile unseres Volkes leben, hierin Wandel zu schaffen. Gebet dem alten jüdischen Volk die Möglichkeit seinen Sabbat zu halten! Was in England, Frankreich und Holland möglich ist, kann und muß auch in anderen Ländern möglich sein. Möge unserer Arbeit für den Sabbatschutz der denkbar größte Erfolg beschieden sein!

Nach einer langen Reihe von Begrüßungsansprachen hielt Dr. Paul Sulzberger, Vizepräsident des Weltverbandes der Schomre Schabbos ein Referat über „Sabbat und Wirtschaft". Das Thema sollte besser: Sabbat gegen Wirtschaft — heißen; denn inmitten des modernen Wirtschaftslebens erscheint die Aufrechterhaltung des Sabbat fast unmöglich. Aber daß Ideen wirtschaftliche Dinge maßgebend beeinflussen können, zeigt die Geschichte. Der Redner gibt eine Betrachtung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Gebiete, in denen die Juden wirtschaftlich betroffen sind. Der Redner setzte auseinader, wie man wirtschaftlich den Schomre Schabbos helfen kann. Wo Kollektivarbeit geleistet wird, in Großbetrieben und Fabriken, ist es schwer, leichter ist es, wo der einzelne für sich oder in kleineren Gruppen Arbeit leistet, am leichtesten in den selbständigen freien Berufen. Stellenvermittlung wird nicht vom Verband, sondern von den ihm angeschlossenen Organisationen geleistet. Schon bei der Erziehung und Berufswahl der jungen Generation, besonders in den östlichen Agrarländern, muß auf die Umschichtung der jüdischen Menschen in eine kleinbäuerliche Schicht in Form geschlossener jüdischer bäuerlicher Siedlungen hingewirkt werden. In zweiter Linie muß die Berufswahl auf das nichtfabrikmäßig betriebene Handwerk gelenkt werden. Wertvolle Vorarbeit ist durch die Berufsvorbereitung der Chaluzim für Erez Israel geleistet, deren Erfahrung und Organisation wir uns zunutze machen können. Ist doch gerade in Palästina der neue Typ des jüdischen Bauers und Arbeiters entstanden. Aus diesem Grunde gehört auch die Förderung der Palästina-Arbeit zu unserem Programm, weil in Erez Israel der Umschichtungsprozeß überhaupt am Anfang der Arbeit steht und jeder, der dort hingeht, auch Sabbat halten kann. Der Redner machte dann eine Reihe von praktischen Vorschlägen.

Das Schlußwort hält Oberrabbiner Dr. Josef Carlebach aus Altona. Er bezeichnet den Sabbat als das große „schaar hamisrach", durch das die Gesamtjudenheit den Weg zurückfindet zum Tempel des Judentums, der von den Propheten gemeint ist als der Tempel der Menschheit.

Referate über Kalenderreform

Mit großer Spannung angehört werden „Referate zur Kalenderreform":

Rabbiner Dr. Rosenthal (Köln) rückt in den Mittelpunkt seiner Darlegungen die religiöse Bedeutung des stabilen Sabbat-Tages:

Das Korreferat hält Rabbiner Dr. Lewenstein (Zürich), zugleich als Vertreter des „Internationalen jüdischen Komitees betr. Kalenderreform". Der Referent verbreitet sich über die Einzelheiten der einschlägigen Kalenderreformfragen.

Sonntagsruhe und Fünf-Tage-Woche

Berlin, 26. August. (JTA.) In der Nachtsitzung des ersten Weltkongresses der Schomre-Schabbos-Bewegung im Berliner Brüdervereinshause vom 27. August erstattete Stadtrat Desider Korein (Budapest) sein Referat über „Sonntagsruhe, Kirchen- oder Sozialpolitik". Er setzte die Erfahrungen auseinander, die er in 30jähriger Arbeit zum Schutz der sabbattreuen Juden Ungarns gewonnen hat. Während früher der Sonntag ein ausschließlich kirchlich motivierter Ruhetag war, und sich daher der gesetzliche Zwang zur Arbeitsruhe lediglich auf Christen beschränkte, geht die moderne, für die Sabbathaltung katastrophale Entwicklung der Sonntagsruhegesetzgebung im Wesentlichen darauf zurück, daß zu den kirchlichen Motiven sozialpolitische hinzutreten, wodurch eine kirchlich-sozialistische Einheitsfront für die absolute Sonntagsruhe entstanden ist. Die ausdrückliche Berücksichtigung sabbathaltender Juden in der Sonntagsruhe-Gesetzgebung nach dem Beispiele Hollands ist unter den gegebenen Verhältnissen nicht zu erwarten. Bei der Bekämpfung der absoluten Sonntagsruhe muß man sich daher auf die sozialpolitischen Argumente beschränken, die aber in der Tat so wirksam sind, daß sie z. B. in Ungarn, nachdrücklich vorgebracht, die gesetzliche Verfügung absoluter Sonntagsruhe verhindert haben. Gute Erfahrungen sind auch mit der Verlegung des Lohnzahltages vom Wochenende in die Mitte der Woche gemacht worden, die Redner für die Budapester städtischen Arbeiter im Stadtrat unter sozialpolitischen Gesichtspunkten durchgesetzt hat. Für die Juden ergibt sich der Vorteil, daß sich der Einkauf der Lohnempfänger nicht auf den Sonnabend konzentriert. So müssen die Schomre Schabbos einerseits die Weekend- und Antialkohol-Bewegung unterstützen, anderseits die absolute Sonntagsruhe bekämpfen, was nur äußerlich betrachtet widerspruchsvoll erscheint.

In der Vormittagssitzung vom 25. August erstattete Rabbiner Dr. Ansbacher (Wiesbaden) sein Referat über „Sabbat-Idee und Zeitgeist", in dem er eine ideologische Grundlegung der Sabbat-Bewegung und des Sabbat-Gedankens in dieser Zeit zu geben versuchte. Anschließend referierte Rev. Dr. Bernhard Drachmann (Neuyork) über „Die Fünf-Tage-Arbeitswoche als Lösung des Sabbat-Problems".

Dr. med. Henry Keller (Neuyork) sprach dann über „Die medizinische Bedeutung der Fünf-Tage-Arbeitswoche".

E. E. Ascher (Amsterdam) berichtete über die Bewegung in Holland, die dort bereits seit 35 Jahren besteht.

In der Diskussion äußerten sich zu den angeschnittenen Problemen u. a. Dr. Meier Hildesheimer (Berlin), Dr. Alphonso Pacifici (Florenz), Bin Nun (Tel-Awiw), der die Konferenz im Namen der Thora-Waawodah-Bewegung begrüßte und Dr. Würzburger und der bekannte deutsche Agudist Nußbaum.

In der Sitzung vom Montag-Nachmittag spricht Jakob Rosenheim (Frankfurt a. M.) über die Arbeit des Reichsverbandes für Stellenvermittlungen. Es soll eine sabbattreue Arbeitnehmergewerkschaft gebildet werden, die bei den Regierungen Petitionen vorbringen solle, die Interessen der jüdischen Arbeiter wahrzunehmen. Ebenso solle eine Berufsberatungs- und Ausbildungsstätte in allen Ländern geschaffen werden.

Die Schlußsitzung

Berlin, 31. August (JTA.). In der Vormittagsitzung des dritten Konferenztages referierte E. A. Genachowsky, Antwerpen, über „Sabbath und Jugend".

In der Nachmittagssitzung begrüßt Herr Dr. Klee, Berlin, den Kongreß im Namen der Repräsentanz der Jüdischen Gemeinde Berlin. Rechtsanwalt David, Hamburg, hatte als Berichterstatter der Statutenkommission in deren Namen dem Kongreß die Ergebnisse intensivster Beratungen vorzutragen. Fast an die Verlesung der meisten Paragraphen knüpfte sich eine interessante und lebhafte Diskussion an. Dr. Pacifici, Florenz, wünscht die Bezeichnung des Verbandes in seinen sämtlichen Aufzeichnungen mit den hebräischen Worten und Lettern „Schomre Schabbath". Dr. Würzburger, Heilbronn, wünscht, daß Mitglieder des Verbandes nur solche Persönlichkeiten seien, die den Sabbath praktisch bejahen. Rabbiner Dr. Meier Hildesheimer, Berlin, plädiert für die Aufnahme auch solcher Mitglieder, die den Sabbath als Wesensbestandteil des jüdischen Volkes überhaupt bejahen, eine Regelung, wie sie auch der Entwurf der Statutenkommission vorsieht. Im § 4 des Statuts beantragt Herr Rabbiner Dr. Carlebach, Altona, den Zusatz f) „Einflußnahme auf die Gesetzgebung der Länder zur Erleichterung des Sabbaths". Eine bewegte Debatte knüpft sich an den § 6 des Statutenentwurfs, der die Beziehung eines Landesverbandes zum Weltverbande regeln will. Nachdem das gesamte Statut schließlich en bloc angenommen ist, wird ein Redaktionsausschuß mit der endgültigen Fassung betraut, bestehend aus den Herren Rechtsanwalt Dr. Sulzberger, Dr. Friediger, Dr. Schlesinger, Dr. Sluys, Rechtsanwalt Dr. David.

Rabbiner Dr. Winter, Lübeck, begrüßt für die sozial-pädagogische Kommission die Notwendigkeit der Einsetzung einer ständigen pädagogischen Kommission in Berlin unter Leitung von Konrektor Sinasohn, Berlin, mit dem Rechte der Kooptation. Die Resolutionen dieser Kommission werden einstimmig angenommen.

Das Referat für die Finanz- und Wirtschaftskommission erstattet Herr A. Adler, Berlin. Er führt aus, die beiden Kommissionen seien entschlossen, das gesamte praktische Material und die praktischen Resultate, die der Kongreß in wirtschaftlichen Fragen gezeitigt habe, in der rechten Weise zu verwerten und sehen den rechten Weg hierzu in der Bildung einer ständigen Wirtschaftskommission mit dem Sitze in Berlin zur Bearbeitung dieser Probleme. Die dahingehende Resolution findet einstimmig Annahme.

Eine Resolution in Sachen der drohenden Kalenderreform mit Blankotag wird einstimmig angenommen. Desgleichen findet eine von Rabbiner Kossowsky eingebrachte Resolution zu Gunsten der russischen Juden, sowie eine von Raw Werner-Rosch-Pinah begründete Palästina-Resolution Beifall und Annahme.

Zum Schlusse werden die Vorschläge für das neue geschäftsführende Präsidium, dessen Sitz in Berlin sein soll, bekanntgegeben. Unter großem Applaus wird Herr Seminardozent Dr. Samuel Grünberg, der Schöpfer der Bewegung, zu deren Präsidenten vom Kongreß gewählt.

Aus der jüdischen Welt

Eine neue Friedhofschändung

Berlin, 28. August. (JTA.) In der Nacht vom 19. zum 20. August wurde, wie dem „Israelitischen Familienblatt" gemeldet wird, der alte jüdische Friedhof in Kieferstädtel bei Gleiwitz geschändet. Die Übeltäter stammen aus dem benachbarten Smolnitz und sind flüchtig. Der Anführer der auf vier Mann geschätzten Bande ist der vorbestrafte 22jährige Emil Powalla. Acht Grabsteine wurden umgeworfen, Bäume und Sträucher ausgerissen. In Kieferstädtel wohnen keine Juden mehr, der Friedhof ist der Obhut der Gleiwitzer Synagogengemeinde unterstellt. Die Landeskriminalpolizei leitet im Verein mit der Landjägerei die Ermittlungen.

Einweihung der neuen Mädchen-Volksschule der Berliner jüdischen Gemeinde

Berlin, 1. September. (JTA.) Vor kaum vier Jahren errichtete die Jüdische Gemeinde die ersten Grundschulklassen in den Gebäuden der Mittelschulen. Später übernahm die Gemeinde die Schule des Jüdischen Schulvereins in der Rykestraße und vereinigte sie mit der „Talmud Thora-Schule" in der Linienstraße. Bald wurde die Errichtung eines neuen Schulhauses notwendig. In der Gegend dichtester jüdischer Bevölkerung — neben dem alten Krankenhause in der Auguststraße — erstand in ganz kurzer Zeit das neue Haus für die Mädchen-Volksschule. Die Bauleitung lag in der Hand des Gemeindebauamts

selbst. Die Pläne stammen vom Direktor des Bauamts, Regierungsbaumeister Beer. Die Gesamtkosten betragen bis jetzt etwa 600 000 RM.

An der Einweihungsfeier am 31. August mittags nahmen fast alle in Berlin weilenden Gemeinderabbiner, -Vorsteher und -Repräsentanten nebst zahlreichen an Schulfragen interessierte Gemeindemitglieder aus allen jüdisch-politischen und -religiösen Kreisen teil. Auf der Zinne weht die Reichsflagge.

Rabbiner Dr. Warschauer weihte das Haus; die Fest- und Programmrede hielt Dr. Kollenscher, der Schuldezernent des Gemeindevorstands; für die Repräsentantenversammlung sprach Dr. Klee.

Nach weiteren Ansprachen fand eine Besichtigung des Hauses statt: Die Klassen haben keine Bänke mehr, sondern Tische und Stühle, die sich in Hufeisenform an den Wänden entlang ziehen. Auf den Fluren steht unter Glas reichhaltiges naturwissenschaftliches Anschauungsmaterial. In der Turnhalle sind zahlreiche Geräte zwecks Raumersparnis teils versenkbar, teils in die Wände einzuschieben. Der Halle vorgelagert sind Räume für Fuß- und Brausebäder. Die in den hochgelegenen Klassen untergebrachten Schülerinnen können sich in den Pausen auf dem Dachgarten ergehen. Neben der Schule befindet sich in den früheren Krankenhauswirtschaftsräumen seit wenigen Tagen die Haushaltungsschule, die nun der neuen Schule angegliedert ist, aber auch schulentlassenen Mädchen und Frauen offen steht. Schon bisher wurde sie im Winter von 200, im Sommer von 120 Personen besucht. Feier und Führung machten auf alle Teilnehmer einen sichtlich tiefen Eindruck. Besonders die Behördenvertreter ließen sich die Arbeitsgrundlagen und die Einrichtungen des jüdischen Schulwesens eingehend darlegen.

Verband ostjüdischer Organisationen Deutschlands. Am 31. August fand in Karlsruhe in Baden unter der Leitung der Präsidialmitglieder Benzion Fett, S. Haarpuder und S. Taubes (Berlin) eine Bezirksversammlung der südwestdeutschen Verbände statt, zu welcher Delegierte aus zehn Städten erschienen waren. Es wurde die Gründung einer südwestdeutschen Bezirksorganisation vorgenommen, durch welche in diesem Gebiet eine intensive Verbandstätigkeit eingeleitet werden soll.

Gemeinden-u. Vereins-Echo

Bar-Kochba, München. Seit langer Zeit fiel wieder eine Meisterschaft des Deutschen Makkabi-Kreises nach München. Bei den diesjährigen Meisterschaften, welche unter ungeheurer Beteiligung in Hamburg stattfanden, gelang es Benno Spielmann im Weitsprung mit der überaus guten Leistung von 6,03 zu siegen. Spielmann, der in seiner Altersklasse seine Konkurrenten bei verschiedenen Disziplinen auch in München schon öfters in den Schatten stellte, beglückwünschen wir aufs herzlichste und hoffen gerne, daß er seinen diesjährigen Erfolgen noch weitere anreiht.

Bar-Kochba, Sportabteilung. Zur Herbst-Handball-Verbandsrunde haben wir unsere 1. Handballmanschaft angemeldet. Wir nehmen an, daß alle aufgestellten Spieler immer pünktlich und bestimmt auf dem angegebenen Sportplatz erscheinen. Handballdreß besteht wie immer aus blauer Hose, weißen, pulloverähnlichen Trikot, mit blauen Umschlägen. Morgen, Sonntag, 7. September, vorm. ¾9 Uhr findet das 1. Verbandsspiel gegen ASV.-Reserve, auf dem städtischen Sportplatz an der Säbenerstraße, statt. Die Aufstellung ist folgende:

Kornhauser
Orljansky Spielmann
Jericho Renka Felsen
Rawitzc Goldstern Fleischer Göbel Kutten

Die Leitung.

Bar-Kochba, Damen- und Mädchenabteilung. Der gesamte Turnbetrieb hat bereits begonnen. Die aktiven Mitglieder werden dringend aufgefordert, vollzählig am Turnboden zu erscheinen.

Bar-Kochba, Kinderabteilung. Der Turnunterricht hat bereits vorigen Mittwoch begonnen. Die Eltern werden gebeten, ihre Kinder wieder regelmäßig zum Turnen zu schicken.

Jüdischer Kindergarten, München. Der Kindergarten, Herzog-Rudolf-Straße 1, beginnt Montag, den 15. September, vormittags 9¼ Uhr.

Die Leitung.

Keren Kajemeth Lejisrael
Jüdischer Nationalfonds

Postscheck-Konto München 10442, Nürnberg 24565
Fernsprecher München 297449, Nürnberg 21912
Zentrale für Deutschland, Berlin W 15
Meinekestraße 10

Münchener Spendenausweis Nr. 38
vom 26. August bis 2. September 1930

Allgemeine Spenden: H. B. 1.50.
Büchsen, geleert durch Herrn H. L. Schulz: Dr. Heinr. Feuchtwanger 13.36; Fritz Weißbarth 11.70; Adolf Misch 9.59; N. N. 6.30; L. Davidson 5.—; Paul Grünbaum 5.—; Dr. A. Perlmutter 4.35; Jos. Orljansky 5.—; D. Masur 4.65; Alb. Kupfer 3.80; B. Neuburger 2.50; Hans L. Schulz 7.60; J. Levite 4.79; Leo Netzer 2.27; F. Ernst 1.78; Frl. Mina Falk 2.—; Frau E. Kalter 2.50; J. N. Rothenberg 2.—; M. Rosenfeld 2.05; M. Guggenheim 1.—; Bern. Orljansky 1.—; Jul. Levi 2.69; G. Theilheimer 2.25; M. Unger 1.—; Leo Schiff 1.50; J. Saposchnik 1.50; J. Fleischmann 1.05; Frau Stiefelziher 2.33; Oskar Böhm 2.43 = 112.99. Summa: 114.49.
Gesamtsumme seit 1. Oktober 1929 7 336.09 RM.

Benützt bei allen Anlässen die Telegramm-Ablösungsformulare des Jüdischen Nationalfonds. Preis 50 Rpf. Erhältlich im Büro des J.N.F., Herzog-Rudolf-Straße 1.

Es wird besonders darauf aufmerksam gemacht, daß nur solche Spenden im „Jüdischen Echo" ausgewiesen werden können, die spätestens Dienstag jeder Woche aufgegeben und einbezahlt wurden im

Büro des Jüdischen Nationalfonds, Herzog-Rudolf-Straße 1.

Spendenausweis des Nürnberger Büros
vom 31. August 1930

Spendenbuch: Herr und Frau Emil Kirschbaum anl. der Verlobung ihrer Tochter 20.—; Herr Hugo Guckenheimer anl. des 25jährigen Geschäftsjubiläums seiner Firma 20.—.

Allgem. Spenden: Frau Lina Gutmann zum Tode ihres Mannes 13.—.

Bäume für Dr.-A.-Liebstaedter-s.A.-Garten: Dir. Georg Spiro spricht Herrn Karl Weil zum Tode seiner Mutter das herzlichste Beileid aus ½ Baum 3.—.

Imi-Tasche: Judith Wechsler 3.60; Dir. Georg Spiro 1.37.

Büchsen: Kom.-Rat Cohn 3.82; Kurt Ottensooßer 3.10; Dr. Th. Katz 3.—; 4 Büchsen unter 3.— = 6.85 = 16.77.

Aus Fürth: Dreichlinger 9.65; N. Frankfurter 7.—; Frau Löwengart 5.—; Viktor Kusmirek 4.—; Josef Rawicz 3.72; Schneebalg, I. Fisch je 3.—; 1 Büchse unter 3.— = —.50 = 35.87.

Aus Schwanfeld: Ohne Spezifikation 4.50

Aus Unsleben: Frau Hedwig Zeilberger 5.—; Leopold Brandus 3.— = 8.—.
Josef Blumenfeld 4.—; Wilhelm Krailsheimer 3.—; 5 Büchsen unter 3.— = 8.38 =15.38. Summa: 141.49.

Seit 1. Oktober aufgebracht 7 302.81 RM.

Verantwortlich für die Redaktion: Dr. Ignaz Emrich, Diplomvolkswirt, München, für den Anzeigenteil: H. W. Stöhr, München.
Druck und Verlag: B. Heller, Buchdruckerei, Pilganserstraße 64, München.